

NZZ am Sonntag

Karabach

Nur Druck allein kann Massaker noch verhindern

Europa steuert sehenden Auges in ein weiteres Gewaltverbrechen. Dieses Mal im Kaukasus, an Europas geografischer Grenze im Osten. Gelingt der Armee Aserbaidschans die Rückeroberung der Enklave Nagorni Karabach, wird es ethnische Säuberungen geben. Kreist die Armee die Bergregion ein, sitzen möglicherweise 60 000 armenische Bewohner in der Falle. Man muss nicht erst auf die Kriege im früheren Jugoslawien verweisen, um zu erklären, was dann geschieht. Denn bereits im ersten Karabach-Krieg Anfang der neunziger Jahre sind Massaker an der Zivilbevölkerung geschehen – damals auch vielfach an den Aserbaidschanern. Der Hass ist seitdem bewahrt, von einer Generation zur nächsten gereicht worden. Ein erstes mutmassliches Kriegsverbrechen wurde diese Woche schon bekannt: Aserbaidschanische Soldaten sollen zwei gefangene Armenier in einem Dorf in der Region um Karabach erschossen haben. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass der Karabach-Konflikt als kolossales Versagen der Diplomatie in die Geschichtsbücher eingehen wird. 26 Jahre internationale Verhandlung und am Ende doch nur ein neuer Krieg. Die USA sind einflusslos geworden in der Region, Russland ist bemerkenswert ineffektiv. Um Massaker noch zu verhindern, müsste die EU nun schon sehr viel Druck auf Baku ausüben. *Markus Bernath*

Covid-19

Der Bund patzt bei der Teststrategie

Fast jeder dritte Corona-Test in der Schweiz ist diese Woche positiv ausgefallen. Das deutet auf eine hohe Dunkelziffer hin. Der Bund fasste zwar im Frühjahr den Vorsatz «Testen, testen, testen». Bloss: Die nötige Kapazität fehlt. Die Kantone fahren sie erst jetzt hoch, nachdem die zweite Welle längst angerollt ist. Das ist viel zu spät. Nur wer testet, kann auch asymptomatische Fälle und Patienten mit leichten Symptomen aufspüren. Der Ansturm auf die Tests blieb hierzulande aus, weil kaum Anreiz besteht, sich testen zu lassen. Während Franzosen und Deutsche nach einem negativen Ergebnis die Quarantäne abbrechen dürfen, verbietet das der Bund. Die strenge Quarantäneregulierung wirkt besonders lächerlich, seit fast alle Nachbarländer tiefere Fallzahlen haben. Sie haben die Pandemie derzeit besser im Griff, weil sie schneller, konsequenter sowie wiederholt testen. So nimmt Österreich pro hunderttausend Einwohner zehnmal so viele Tests ab wie die Schweiz, die Slowakei will in den nächsten Tagen alle Erwachsenen testen, Dänemark hat schon im Mai diesen Weg eingeschlagen. Spätestens mit Einführung der Schnelltests sollte der Bund die Regelung der Nachbarn übernehmen. *Franziska Pfister*

Konzernchefs

Wir brauchen mehr Ermottis

Nächste Woche verlässt Sergio Ermotti die UBS. Sein Abgang ist ein Verlust. Unter ihm hat die Bank zu ihrer alten Stärke zurückgefunden als globale Nummer eins in der Vermögensverwaltung. Doch Ermotti hinterlässt ebenso eine Lücke als Persönlichkeit: Denn er verkörpert einen Typus CEO, der leider immer seltener wird. Er gehört nicht zu den stromlinienförmigen Akademikern, die heute dominieren. Seine Karriere begann mit einer Banklehre. Zudem blieb der Tessiner stets ein Charakter mit Ecken und Kanten. Er scheute sich nicht, in der Politik mitzureden. Oder die Nationalbank zu kritisieren. Sein ausgeprägter Stolz machte ihn verletzlich und zuweilen dünnhäutig – aber ebenso authentisch. Und damit glaubwürdig. *Albert Steck*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Haben Wasserversorger im Mittelland überhaupt noch eine Zukunft?

Chlorothalonil hat das Schweizer Trinkwasser auf Jahre hinaus grossflächig verunreinigt. Und unser Grundwasser weist eine zu hohe Nitratbelastung auf. Die Politik sollte handeln, **schreibt Kurt Seiler**

Das dreckige Dutzend – so hiessen im Jargon der Chemiker die ersten Stoffe, deren Verwendung in der Stockholmer Konvention im Jahre 2001 eingeschränkt wurde, in einer völkerrechtlichen Übereinkunft im Kampf gegen organische Schadstoffe. Aufgrund ihrer Langlebigkeit sind viele von ihnen auch Jahrzehnte nach dem Verbot in der Umwelt noch nachweisbar. Bei den zwölf Stoffen handelte es sich um chlorierte organische Stoffe – wie beim mittlerweile geläufigen Pestizid Chlorothalonil und seinen zahlreichen Abbauprodukten. Eines davon, das «R471 811», hat es auch hierzulande zu unrühmlicher Bekanntheit gebracht, denn es überschreitet den Höchstwert für Trinkwasser in landwirtschaftlich intensiv genutzten Regionen des Schweizer Mittellandes oft gleich mehrfach.

Die Überschreitungen sind das Resultat eines über 40 Jahre dauernden Einsatzes von vielen 10 000 Kilogramm Chlorothalonil pro Jahr. Über diese Zeit hinweg reicherten sich die Abbauprodukte im Boden an und sickern nun sukzessive ins Grundwasser. Seit Anfang dieses Jahres ist Chlorothalonil in der Schweiz wie auch in der EU verboten. Ein wichtiger Schritt. Gleichwohl lehrt uns das dreckige Dutzend, dass wir die Chemikalien so schnell nicht mehr loswerden.

Vor allem eine Frage steht im Zentrum: Warum dauerte es mehr als 40 Jahre, bis die Verunreinigungen entdeckt wurden? Umso mehr, als der Höchstwert im Trinkwasser bereits seit über 20 Jahren besteht und nie verschärft wurde? Die verblüffende Antwort: Sie wurden nicht gefunden, weil man sie nicht suchen konnte! Die Zulassungsdossiers mit den nötigen Angaben wurden von den Bundesbehörden wie ein Staatsgeheimnis gehütet. Nicht einmal die kantonalen Trinkwasser-Kontrollbehörden erhielten Einblick und tappten so lange im Dunkeln. Erst der Fortschritt in der Analytik erlaubte den Nachweis der Abbauprodukte. Das brachte den Durchbruch. Es zeigte sich aber auch

eindrücklich, wie mit dem Zulassungsprozess die Weichen für den Einsatz von Pestiziden gestellt werden. Dieses Verfahren ist daher von zentraler Bedeutung. Hier besteht starker Reformbedarf, wie übrigens auch die Wirtschaftsprüfer von KPMG vor kurzem bestätigt haben.

Seit den siebziger Jahren ist klar, dass die Ausbringung von schwer abbaubaren Chemikalien in der Umwelt nicht nachhaltig ist. Dennoch will der Agrarkonzern Syngenta weiter am Stoff Chlorothalonil festhalten und setzt sich darum vor dem schweizerischen Bundesverwaltungsgericht gegen das Verbot zur Wehr. Ist die Agrarindustrie tatsächlich auf ein fragwürdiges Pestizid angewiesen, das vor über vierzig Jahren zugelassen wurde? Ein Verzicht wäre ein Zeichen der Selbstverantwortung.

Während sich die Gerichte mit dem Thema beschäftigen, müssen sich betroffene Wasserversorgungen Gedanken machen, wie sie den Schaden schnellstmöglich begrenzen

können. Glücklicherweise können sich jene Gemeinden schätzen, die auf unbelastete Vorkommen ausweichen können, etwa auf Wasser aus Waldgebieten. Selbstverständlich könnte man ein sauberes Trinkwasser auch technisch, mit ausgeklügelten Aufbereitungsverfahren, herstellen. Solche Methoden sind aber oft teuer und energieintensiv. Solche «End-of-pipe-Lösungen», wie die Fachleute sie nennen, können darum nur Ultima Ratio sein.

Ein gutes Lebensmittel setzt gute Rohstoffe voraus. Der wichtigste Rohstoff für das Schweizer Trinkwasser ist das Grundwasser. In Zukunft ist dieses besser und grosszügiger vor negativen Einflüssen zu schützen. Die üblichen Grundwasserschutzzonen von wenigen Hektaren Umfang sind dafür nicht ausreichend, und der Schutz darf sich auch nicht nur auf die Pestizide beschränken. So sind beispielsweise auch die hohen Stickstoffbelastungen aus der Landwirtschaft mitzuberücksichtigen. Stickstoffe sorgen zwar für weniger Furore in der Öffentlichkeit als die Pestizide, sie sind aber nicht weniger bedeutsam. Die unvorstellbar grossen Stickstoffüberschüsse in der Schweiz liegen zurzeit bei rund 100 000 Tonnen pro Jahr. Obwohl sie dringend reduziert werden müssten, sind hier seit rund zwanzig Jahren keine Fortschritte erkennbar. An Zielvorgaben hat es nicht gefehlt, aber am Willen, sie umzusetzen.

Diverse vom Bund mitfinanzierte Gewässerschutzprogramme zeigen, dass ein Nebeneinander von Landwirtschaft und sauberem Trinkwasser durchaus machbar ist. Es liegt nun an der Politik, gestützt auf diese Erkenntnisse, verbindliche, gesetzliche Grundlagen zu schaffen. Die Wasserversorger benötigen diese, denn sie müssen wissen, ob sie weiterhin auf Grundwasserpumpwerke im Mittelland setzen können. Oder ob sie künftig ihren Rohstoff über lange und teure Zuleitungen aus den nicht belasteten Gebieten ins Schweizer Mittelland heranzuführen müssen.

Kurt Seiler



Kurt Seiler, 57, ist Kantonschemiker von Schaffhausen, Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden. Seiler studierte an der ETH Chemie, promovierte in analytischer Chemie und absolvierte Zusatzausbildungen in Lebensmittelchemie und Unternehmensführung. Er vertritt hier seine persönliche Meinung.